

Beschluss der Landesversammlung „Coesfelder Erklärung“

Die Corona-Pandemie hat alle gesellschaftlichen Bereiche getroffen. Lockerungen und Öffnungen der letzten Wochen weisen den Weg zurück in eine Normalität. Jedoch haben Familien immer noch keine hinreichenden Perspektiven wie ihr normales Leben ablaufen wird. Sie sind die Vergessenen und Leidtragenden der Krise.

Schon weit vor Corona hatte das Kolpingwerk NRW Veränderungen angemahnt, die auf der landespolitischen Ebene umgesetzt werden müssen. In diesem Sinn beschließt die Landesversammlung folgende Coesfelder Erklärung:

Selbstverständnis

- Das Kolpingwerk NRW hat aus seinem Selbstverständnis heraus den Anspruch, Interessenvertreter für Familien gegenüber Politik und Gesellschaft zu sein. Denn Familien brauchen endlich eine starke Lobby. Sowohl die gesellschaftlichen als auch die politischen Strukturen werden den Anforderungen an die Lebenswirklichkeit von Familien nicht gerecht. Das Kolpingwerk NRW wird eine breite Debatte über die Stärkung von Familien initiieren.
- Familien sind die Keimzelle der Gesellschaft. Ihre Bedeutung und die Lasten, die sie tragen müssen, sind in der Corona-Krise offenkundig geworden. Die Familie als Lebens- und Beziehungszusammenhang der Menschen verdient daher deutlich mehr gesellschaftliche Anerkennung und staatliche Unterstützung. Die gesellschaftliche Stellung der Familien muss nach der Corona-Krise deutlich gestärkt werden. Es darf kein einfaches ‚Weiter so!‘ in der Familienpolitik geben.
- Dabei trifft die Krise insbesondere Frauen. Einerseits ist der Frauenanteil gerade in Berufszweigen besonders hoch, die aktuell besonderen Belastungen ausgesetzt sind wie pflegerische und erzieherische Berufe. Andererseits sind Frauen in den massiv vom Shutdown betroffenen Bereichen wie Gastgewerbe und Einzelhandel sowie in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen überrepräsentiert. Unter den Bedingungen der Krise verstärken sich nicht nur der Gender-Pay-Gap sondern auch alte Rollenmuster, so dass überwiegend Frauen die Mehrfachbelastungen durch Verdienstaufschlag und Homeoffice parallel zu Kinderbetreuung und Homeschooling tragen.

Lehren aus Corona

Familien sind systemrelevant. Der Staat hat jedoch während Corona ausschließlich einzelne Familienmitglieder für systemrelevant erklärt. Sie wurden aus dem Familienverbund herausgepickt und die Familie nicht als Ganzes, als zusammengehörige Gruppe gesehen. Das hat die Familie als Einheit noch stärker belastet.

- Familien dürfen nie wieder Verlierer oder Opfer einer Krise sein. Die während Corona auferlegten Beschränkungen und Verbote waren familienfeindlich und nicht kindgerecht. Die psychischen Belastungen sowie Folgeschäden von Familienmitgliedern dürfen nicht als

Kollateralschaden der Krise hingenommen werden. Hier sind Staat und Gesellschaft gefordert, Hilfsangebote zu erweitern. Ältere, kranke und pflegebedürftige Menschen dürfen nie wieder von ihren Verwandten isoliert werden. Kinder brauchen Kontakte sowie schulische wie außerschulische Spiel- und Erfahrungsräume. Dies so lange zu unterbinden, ist gesundheitlich und menschlich unverantwortlich.

- Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf war während der Corona-Pandemie zu keiner Zeit wirklich gegeben. Sie war somit nicht mehr als eine Worthülse. Die Leistungen der Eltern bzw. Erziehungsberechtigten werden in unserer Gesellschaft vielmehr als selbstverständlich angesehen und nicht ausreichend gewürdigt, obwohl sie die Hauptlast im Familienverbund schultern.
- Die Politik hat die Familien in der Phase der Lockerungen vergessen. Sie hat nicht plausibel glaubhaft machen können, warum fast die gesamte Gesellschaft wieder hochgefahren wurde, aber Kitas und Schulen nicht. Die Politik und die Regierungen haben bei der Bevölkerung wieder Vertrauen zurückgewonnen. Dies gilt allerdings nicht für die Familien. Sie fühlen sich von der Politik im Stich gelassen.
- Corona hat viele Kinder ein ganzes Schulhalbjahr gekostet. Die Schüler*innen haben kostbare Bildungszeit verloren. Das treibt Kolping als Bildungsträger um. Die Schulen müssen zukünftig eine digitale Leistungsfähigkeit und rechtliche Freiräume erhalten, die ein Lernen von zu Hause aus ermöglicht. Die erforderliche technische Ausstattung muss (sozial gerecht) genauso gewährleistet sein, wie es erprobter pädagogischer Konzepte für digital unterstütztes Lernen auf Distanz bedarf.

Landespolitische Forderungen

- Über die bundespolitische Verantwortung für die familiengerechte Ausgestaltung der Sozialsysteme hinaus sind auch die Länder gefordert. Das Kolpingwerk NRW fordert ein Umdenken in der Familienpolitik Nordrhein-Westfalens. Die Landesregierung muss bei ihrer Arbeit Familien Vorrang einräumen und dadurch eine familienfreundliche Kultur in Politik und Gesellschaft erzeugen.
- Landesfamilienpolitik muss mehr sein als nur Kita-Politik. Es ist vielmehr ein Paradigmenwechsel in der Familienpolitik notwendig, um künftig Familien in unserer Gesellschaft zu stärken. Die wachsende Bedeutung kommunaler Familienpolitik muss sich daher endlich institutionell auf Landesebene widerspiegeln.
- Es müssen Strukturen in der Landesregierung verändert werden. Es ist dafür notwendig, dass das Familienministerium neu zugeschnitten wird. Das Familienministerium in seinem bisherigen Zuschnitt wird dem nicht gerecht. Die familienrelevanten Politikfelder müssen in einem Ministerium, eben dem Familienministerium, gebündelt werden. Wenn familienrelevante Themen behandelt werden, sind viele Lebensbereiche berührt – z.B. Wohnen, Bildung, Arbeit, Gesund, Soziales.

- Familienpolitik muss sich an der Lebenswirklichkeit von Familien orientieren. Nur allzu oft wird die Verantwortung für Familienthemen horizontal zwischen den verschiedenen Politikfeldern der Landespolitik verschoben. Es ist nur logisch, dass sich die Dynamik und Effizienz der Familienpolitik steigert, wenn sie in und von einer zentralen Stelle in der Landesregierung koordiniert wird. Durch klare Zuständigkeiten wird außerdem zukünftig ein „Schwarzer Peter-Spiel“ vermieden.
- Die Landesregierung muss ihre Herangehensweise an die Familienpolitik grundsätzlich ändern. Schon im Anfangsstadium von Gesetzesvorhaben, Gesetzesänderungen und darauf beruhenden Verordnungen muss sie deren Familienverträglichkeit in den Blick nehmen. Dabei ist zu berücksichtigen, in welchen Beziehungsverantwortungen die Bürger*innen stehen. Es muss ebenfalls fortlaufend geprüft werden, welche Auswirkungen auf die Lebenswirklichkeit von Familien zu erwarten sind, insbesondere mit Blick auf die Generationengerechtigkeit.
- Der Landesgesetzgeber muss der Familienförderung einen höheren Stellenwert einräumen, um zum Abbau struktureller Rücksichtslosigkeiten gegenüber Familien beizutragen. Denn nach wie vor sind Eltern in vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens gegenüber Kinderlosen benachteiligt. Familienpolitik darf sich nicht auf Symbolpolitik und Modellprojekte beschränken, sondern muss in der Fläche wirksam sein. Wer Familien nachhaltig stärken will, muss daher eine gesetzliche Grundlage schaffen. Dazu braucht es ein Landesfamilienförderungsgesetz.
- Die Landespolitik muss Städte und Landkreise animieren und aktivieren, ihre Verantwortung für eine gute Infrastruktur für Familien gerecht zu werden. Hierzu zählen der Ausbau und die Stärkung von Familienzentren.
- Familienzentren stärken Eltern und verfügen über intuitive und natürliche Kompetenzen für das familiäre Zusammenleben. Nachbarschaftlich zugängliche Familienberatung und Familienbildung sind wichtige, ergänzende und stärkende Familienhilfen. Dieses nordrhein-westfälische Erfolgsmodell muss bedarfsgerecht ausgebaut werden. Landesfamilienpolitik muss sicherstellen, dass Eltern, die Unterstützung benötigen, etwa weil ihnen Basiskompetenzen fehlen oder sie und ihre Kinder sich in besonderen Übergangssituationen befinden - wie zum Beispiel in oder nach der Familiengründungsphase, nach Trennung und Scheidung und beim Schulwechsel. Dies erfordert eine Landessteuerung in der Förderung. Dazu sollten landesweit insgesamt 3.000 Familienzentren gefördert werden. Darüber hinaus soll die Arbeit der Familienzentren wissenschaftlich begleitet und beraten werden, um deren Potentiale noch besser nutzen zu können.
- Das Kolpingwerk NRW fordert eine Qualifizierungsoffensive „Familie und Arbeit“. Eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Ausbildung, Studium und Pflege für alle Partner*innen, eine echte Wahlfreiheit, die bedarfsgerechte Bereitstellung von Kindertagesbetreuungsplätzen und Regulierte Selbstregulierung sind Leitthemen bei der Schaffung von finanziellen und zeitlichen Freiräumen für Familien. Der öffentliche Dienst, namentlich der Landesdienst, hat hierbei als Arbeitgeber eine wichtige Vorbildfunktion. Dazu soll die Landesfamilienpolitik zusammen mit Kammern und Verbänden, Hochschulen

und Wissenschaft die Aktionsplattform familie@beruf.nrw weiterentwickeln. Dabei sind Ausbildung und Studium mit einzubeziehen. Außerdem soll der öffentliche Dienst aktiv familiengerechte Lösungen wie beispielsweise Teilzeit, Jobsharing-Angebote etc. anbieten, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu vereinfachen.

- Eine bessere Bezahlung insbesondere in der Alten- und Krankenpflege und von Erzieher*innen muss die Bedeutung dieser Berufsgruppen für die Gesellschaft widerspiegeln und dem körperlichen und seelischen Einsatz der dort arbeitenden Menschen gerecht werden. Ebenso ist eine tarifliche Besserstellung für Tätigkeiten im Einzelhandel, im Gastgewerbe sowie bei Paketdiensten und Lieferservices notwendig.
- Das Land muss die Errichtung einer Stiftung „Starke Familie“ kurzfristig prüfen. Die Stiftung soll zwei Zwecke verfolgen. Zum einen soll sie Hilfe flexibel anbieten für Familien, die sich in einer akuten und schwierigen, unverschuldeten Lebenssituation befinden, in der andere soziale Sicherungssysteme keine ausreichende Hilfe zur Verfügung stellen. Dazu gehören insbesondere familiäre Belastungssituationen durch besondere Fürsorge- und Pflegeverpflichtungen, die die Gesundheit beeinträchtigen. Zum anderen soll die Stiftung Innovation und öffentliche Sichtbarkeit im Bereich der Familienwissenschaften fördern, zum Beispiel durch die Vergabe eines Wissenschaftspreises.
- Das Kolpingwerk NRW fordert die Einrichtung Kommunalen Familienkonferenzen. Sie fördern Kooperationen und Vernetzungen in den Kommunen (auch im Rahmen bestehender oder neu zu initiiender lokaler Bündnisse für Familie) und sollen lokale, heterogene familienpolitische Kompetenzen fachübergreifend und integriert kommunal vernetzen. Die Kommunale Familienkonferenz kann staatliche und nicht-staatliche Akteure vernetzen, die jeweils ihre spezifischen Interessen und Ressourcen einbringen können. Sie kann familienpolitische Handlungsbedarfe ermitteln, die gemeindespezifisch auftreten und strukturell nicht von übergeordneten Ebenen geregelt werden. Das Land unterstützt die Kommunen durch Fortbildungsmaßnahmen und Workshops bei der Einrichtung von Familienkonferenzen und führt jährlich eine Landesfamilienkonferenz durch.

Kolpingwerk mit großer Schlagkraft

Das Kolpingwerk Landesverband NRW e.V. vertritt ca. 90.000 Mitglieder, 14.000 von ihnen gehören der Kolpingjugend an (bis 30 Jahre). Mit dieser Schlagkraft will das Werk in den kommenden Monaten eine intensive Debatte in der nordrhein-westfälischen Politik initiieren.

Das Kolpingwerk ist somit ein Big Player auf der familienpolitischen Bühne. In den Einrichtungen der Kolping-Bildungsunternehmen arbeiten derzeit ca. 2.500 Mitarbeiter*innen. Täglich nehmen ca. 15.000 Teilnehmer*innen in unterschiedlichen Maßnahmen beruflicher und persönlicher Qualifizierung teil.

Das macht es zu einem kompetenten und maßgeblichen Faktor bei der Gestaltung der Familienpolitik in Nordrhein-Westfalen.